Nr. 601a
XXII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
27. November 1902

Parlaments-Ausgabe

Deutscher Reichstag

223. Sitzung vom 26. November, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Graf Posadowsky.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung.

Die Berathung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt.

Die Abgg. Molkenbuhr (soz.) u. Gen. beantragen, folgenden § 11 f einzufügen:

„Der Bundesrath hat die Zölle auf die nachbenannten Waaren aufzuheben, sobald deren Verkaufspreise die dameben gesetzten Preise erreichen: Weizen 215 Mark, Roggen 165 Mark, Gerste 155 Mark, Hafer 155 Mark, Hülsenfrüchte 155 Mark, Lupinen 80 Mark, Mais 155 Mark pro Tonne."

Zur Begründung dieses Antrages führt

Abg. **Molkenbuhr** (soz.)

aus: Als der früher beschlossene Getreidezoll eingeführt wurde, gab der Abg. Graf Schwerin zu, seine Tendenz sei eine unbeschränkte Steigerung der Getreidepreise, und auch Graf Kanitz gab zu, daß eine rücksichtslose Preissteigerung die Folge sein werde. Unter diesen Umständen müßte man doch eine Bestimmung treffen, die den Schaden ausgleicht, den das Volk von der rücksichtslosen, unendlichen Preissteigerung haben wird. Eine allgemein gleitende Skala, die man als Hefser Mittel vielleicht ansehen könne, würde doch zu anderen Mißständen führen. Es bleibt also nichts übrig, als einen bestimmten Preissatz anzugeben, bei dessen Erreichung die Zölle aufgehoben werden, also deren preissteigernde Wirkung fortfällt. Nun haben die Abgg. Graf Schwerin und Kanitz selbst die in unserem Antrage genannten Preise als die wünschenswerthen genannt; sie können also gar nichts gegen diesen Antrag einwenden. Sie wenden jetzt alle Kraft an, das Zustandekommen von Handelsverträgen zu hindern; der autonome Zolltarif würde also der wirklich in Geltung befindliche sein; und dieser Tarif ist so hoch, daß keine Folge die vollständige Sperrung der Grenze sein müßte. Das würde aber Hungersnothpreise für Getreide bedeuten, und Niemand wird Hungersnothpreise gelten lassen wollen. Daß so hohe Preise wirklich erreicht werden, beweist die Vergangenheit, wo zum Beispiel beim russischen Getreideausfuhrverbot Anfangs der neunziger Jahre periodisch diese hohen Getreidepreise herrschten. Unter solchen Preisen leiden neben den Stadtbewohnern auch die kleinen Bauern, die Getreide für ihren Bedarf kaufen müssen. Auch der Getreidespekulation kann man einen Damm entgegensetzen, wenn man unserem Antrag annimmt und dadurch Maximalpreise einführt. Der Abg. Hahn hob einmal, als er vor der Getreidespekulation warnte, hervor, daß bei den in unserem Antrag eingesetzten Preisen die Landwirthschaft bestehen könne. Auch dies spricht also für die Annahme des Antrages.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (fr. Vp.):

Die Tendenz des Antrages ist uns durchaus sympathisch, wenn wir uns auch auf die Autorität des Abg. Grafen Kanitz bezüglich der eingestellten Preissätze nicht verlassen. Wir wünschen also, andere Sätze eingeführt zu sehen. Es wäre zu erwarten gewesen, daß der Abg. Graf Kanitz heute erschienen wäre, um die Richtigkeit der von ihm behaupteten Maximalpreise zu beweisen. Unter diesen Umständen können wir nicht für den Antrag stimmen, behalten uns aber vor, in der dritten Lesung, wenn die Preissätze richtiger normirt sind, für den Antrag einzutreten.

Abg. **Stadthagen** (soz.):

(Während der Redner auf die Tribüne geht, strömen die Mitglieder des Hauses in großer Zahl in den Saal, anscheinend in der Meinung, die Abstimmung werde vorgenommen; sobald sie wahrnehmen, daß der Abg. Stadthagen zu reden beginnt, verlassen sie ihn wieder unter großer Heiterkeit der zurückbleibenden Abgeordneten.)

Wenn denn Abg. Müller-Sagan die angesetzten Preise nicht richtig scheinen, hätte er doch einfach die von ihm für richtig gehaltenen Preise einstellen sollen. Uebrigens verlangen wir nicht, wie der Abg. Müller-Sagan vielleicht annimmt, die Suspension der Zölle in dem Falle der erreichten hohen Preise, sondern ihre völlige Aufhebung. Nach den Ausführungen, die der Abg. Graf Kanitz früher hier vorbrachte, müßte er selbst für unseren Antrag sein, ebenso wie die Nationalliberalen, die entschieden ablehnten, für Wucherpreise des Getreides einzutreten. Wucherpreise würden aber die Preise bedeuten, die wir in unserem Antrag eingesetzt haben. Die Herren, die jetzt so entschieden an der Verständigung arbeiten, scheinen nach den Ausführungen ihrer eigenen Presse die Sache beshalb so heimlich zu betreiben, weil sie befürchten, daß die Bekanntgabe der Beweggründe Diese in die Reihen der Sozialdemokraten treiben müsse. Wenn Sie diese Ansicht widerlegen wollen, wenn Sie nicht der Ansicht Derer beipflichten, die da meinen, das Brod könne nicht theuer genug sein, dann bitte ich Sie, unserem Antrage beizutreten. Namentlich der Abg. Müller-Sagan muß dafür sein; ist er gegen die Wucherpreise, dann muß er auch dem Mittel dagegen zustimmen. Ich halte es für ein nationales Unglück, für eine nationale Auswucherung, wenn die Preise auf der in unserem Antrage angegebenen Höhe stehen bleiben. Halten Sie für nationales Interesse das Interesse der Nation, dann müssen Sie für unseren Antrag stimmen; halten Sie aber für nationales Interesse: alles von der Nation, alles in die Taschen der Agrarier, dann können Sie freilich nicht für den Antrag stimmen. Das Centrum erinnere ich an die Stellung, die es früher gegenüber der Wucherpolitik einnahm. Es bevorzugt ja in mancher Hinsicht das Mittelalter. Dann sollte es doch auch dem Mittelalter auch das Gute nehmen, nämlich, daß es Bestimmungen traf gegen die wucherische Erhöhung der Getreidepreise. Also Konservative und Centrum müssen nach dem, was sie früher so oft ausführten, für den Antrag sein. Wollen Sie nur den Aufschub der Zölle statt der völligen Aufhebung, so sind wir auch dafür zu haben.

Damit schließt die Besprechung.

Die Abstimmung über den Antrag ist namentlich. Während der Verlesung der Förmlichkeiten, unter denen sich die Abstimmung zu vollziehen hat, füllt sich der vorher leer gewesene Saal. Das Abstimmungsergebniß ist: Mit Ja stimmen 41, mit Nein 192 Abgeordnete. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Die Verhandlung wendet sich dem § 12 zu.

Die Regierungsvorlage setzt im Absatz 1 fest, daß der Zeitpunkt des Inkrafttretens durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths bestimmt werden solle. Die Kommission beantragt, das Gesetz an einem durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths festzusetzenden Tage, spätestens am 1. Januar 1905, in Kraft treten zu lassen.

Abg. Paasche (natl.) beantragt, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Die Abgg. Albrecht (soz.) und Genossen schlagen vor, dem Absatz 1 folgende Fassung zu geben: „Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, wird durch ein besonderes Gesetz bestimmt." Im Falle der Ablehnung dieses Antrages beantragen die Sozialdemokraten ebenfalls, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Inzwischen ist am Tische des Bundesraths noch Frhr. v. Thielmann erschienen.

Abg. **Gothein** (fr. Vg.), bleibt im Anfang seiner Ausführungen infolge großer Unruhe des Hauses unverständlich):

Wenn bis zu dem festgesetzten Termin, dem 1. Januar 1905, keine neuen Verträge abgeschlossen wären, so hätten wir einen unvertraglichen Zustand. Unter einem solchen vertragslosen Zustand würde das Wirthschaftsleben schwer zu leiden haben. Die Mehrheit in der Kommission will nun den Bundesrath nöthigen, daß die neuen Verträge spätestens am 1. Januar 1905 in Kraft treten. Man muß sich überlegen: ist es denn möglich, in dieser Zeit unter allen Umständen brauchbare Handelsverträge zu vereinbaren? Ich bewundere den Muth der Herren von der Mehrheit, daß sie etwas Derartiges glauben können. Einen derartigen Glauben können sie nur dann hegen, wenn sie sich in der Behandlung des Tarifs hier im Hause über alle Bestimmungen der Geschäftsordnung hinwegsetzen wollen, wenn sie aus der Berathung eine Farce machen wollen. Ich kann nicht annehmen, daß ein derartiger Plan von irgend einer Seite ernsthaft gehegt wird, ich nehme an, daß es sich um ein leeres Gerede handelt. Es ist mir mitgetheilt worden, daß man allgemein der Ansicht ist, daß eine sachliche Berathung unmöglich ist, wenn man große Abschnitte zusammenfaßt. Wenn Sie das machen wollen, so halte ich es für ausgeschlossen, daß Sie eine sachliche Verhandlung führen und die Würde des Reichstages wahren wollen. Es wird also nicht möglich sein, daß dieser Zolltarif viel vor Schluß dieses Reichstages zu Stande kommt, dann würde also der Zolltarifgesetzentwurf ungefähr am 1. Januar 1903 zur Veröffentlichung kommen. Daß die Verhandlungen mit den Vertragsstaaten und die parlamentarische Behandlung dieser Vertragsabschlüsse weniger als 1½ Jahre dauern werden, ist nach dem bisherigen Vorgehen und nach den Mittheilungen des Bundesraths in der Kommission außerordentlich wenig wahrscheinlich. Wie uns in der Kommission übrigens bedeutet worden ist, ist man nicht in der Lage, sämmtliche Handelsverträge, die behandelt werden sollen, gleichzeitig zu behandeln; man kann nur mit einem Handelsvertrag anfangen. Bereits bei den letzten Verhandlungen, wo wir einen einfachen, weniger verwickelten Tarif hatten, und die Neigung bei allen Staaten dahin ging, sich aufs Weiteste entgegenzukommen und Zollnachlässe zu gewähren, hat es lange Zeit gedauert, bis wir zum endgiltigen Abschluß kamen. Bei dem Zolltarifentwurf, der jetzt zur Berathung steht, wird das noch sehr viel schwieriger sein, umsomehr, als es an Kompensationsobjekten fehlt, und bei den beiderseitigen Verhandlungen überall der Wunsch vorhanden sein wird, es möge von den Zollerhöhungen auch für die Vertragsabschlüsse Gebrauch gemacht werden. Ich erinnere daran, daß man nach den Handelsverträgen vom Jahre 1891/92 in diesem Hause lebhaft darüber geklagt hat, daß man die Interessenten so wenig gehört hat, und daß man dazu übergegangen ist, einen Beirath zu ernennen, der die Wünsche der Interessenten für den Abschluß von Handelsverträgen entgegennehmen sollte. Der Deutsche Handelstag hat ein Rundschreiben an seine Mitglieder erlassen, worin er diese auffordert, ihre Wünsche über den Abschluß neuer Handelsverträge baldmöglich zu äußern. So macht man es im Auslande auch. Dadurch wird der Abschluß der Handelsverträge außerordentlich in die Länge gezogen. Es ist demnach höchst unwahrscheinlich, daß die neuen Handelsverträge bis zum 1. Januar 1905 abgeschlossen sein können. Es würde sehr wohl möglich sein, die bestehenden Handelsverträge zu verlängern. Die verbündeten Regierungen haben ausgeführt, daß die Festsetzung eines Termins für den Abschluß der Handelsverträge hinderlich und hemmend wäre. Warum ist man jetzt anderer Meinung? Sehr interessant war es mir, daß dieselben Blätter, die früher über die ungenügende Vorbereitung der früheren Verträge geschollen haben, nunmehr von der Regierung verlangen, daß sie die Verträge überstürzen solle. Unter solchen Umständen kommt doch kein brauchbarer Handelsvertrag zu Stande. Diese Presse hat uns immer als Agenten des Auslandes hingestellt, und jetzt schwächen Sie durch Ihre Forderungen als wirkliche Vertreter des Auslandes die Stellung der Regierung bei dem Abschluß der Handelsverträge, besonders durch die Bestimmung, daß die Handelsverträge bis zu einem bestimmten Termine fertig werden sollen. Die Industrie wünscht möglichst bald eine Sicherung ihrer Verhältnisse, und man hat diesen Kreisen mit Erfolg begreiflich zu machen gesucht, daß diese Sicherung durch Annahme der Regierungsvorlage am ehesten zu erreichen sei. Ich erinnere an den oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein, der an den Abg. Letocha ein offenes Schreiben gerichtet hat, worin jetzt das alles empfohlen wird, was der Verein früher bekämpft hat. Dies Vorgehen ist überaus charakteristisch. Früher hat dieser Verein seine Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß der vorliegende Zolltarif die oberschlesische Industrie aufs Schwerste schädige, daß er die Errahrung der Arbeiter verschlechtere, die ohnedies schon ungenügend sei, daß die Bindung der Mindestsätze den Abschluß der Verträge erschwere, kurzum, daß dieser Entwurf scheußlich sei. Trotzdem kommt jetzt der Verein und bittet um Annahme des Entwurfes, weil er davon eine Beruhigung erhofft. Woher dieser plötzliche Umschwung? Man hat den Leuten gesagt, der Tarif ermögliche Vertragsverhandlungen. Ich halte das für eine Suggestion. Es ist ja bekannt, in welcher Weise sich gewisse höhere Beamte die größte Mühe geben, diese Suggestion gerade in den Kreisen der Industrie hervorzurufen, zum Beispiel Graf Posadowsky leistet darin geradezu Erstaunliches. Ich will die Umstände nicht untersuchen, die den Erfolgen in dieser Richtung zu Grunde liegen; ich verdenke es unseren leitenden Staatsmännern nicht, wenn sie ihren Einfluß aufbieten. Es besteht — und das möchte ich feststellen — eine gewisse außerordentliche große Empfänglichkeit für eine derartige Suggestion in manchen großindustriellen Kreisen. Man hat aber meiner Ansicht nach den Herren eine falsche Ueberzeugung suggerirt. Die Vertheuerung der Materialien und ihre Knappheit wird im Gegentheil die Krise auf einen Punkt treiben, wo die Neuanlage industrieller Werkstätten aufhört. Man hat immer von einer allgemeinen, einer Weltkrisis gesprochen; eine solche besteht gar nicht, sondern wir haben es nur mit einer lokalen mitteleuropäischen Krisis zu thun. England ist daran nicht betheiligt, und ebenso wenig sind es die Vereinigten Staaten. Dort herrscht im Gegentheil ein stattlicher Aufschwung vor. Nur die Staaten, die besonders auf den gegenseitigen Austausch angewiesen sind, leiden unter der gegenwärtigen Unsicherheit, nämlich Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rußland. Daß diese Krisis bald vorübergehe, war eine Illusion. Die Krisis hat sich sogar erheblich verschärft. Das zeigen die Jahresberichte vieler großen Gesellschaften. (Redner verliest aus solchen Berichten.)

Diese Unsicherheit, diese Gefährdung des Abschlusses neuer Handelsverträge sind durch den vorliegenden Tarifentwurf erhöht, der den agrarischen Forderungen in geradezu verderblicher Weise Rechnung trägt. Die Annahme des Tarifes besser an der Lage nichts; das sind Illusionen. Die Regierung hat in der Begründung selbst gesagt: Die Aussichten auf Abschluß neuer Tarifverträge können zur Zeit nicht überblickt werden, auf Seiten Deutschlands aber besteht die Absicht, rechtzeitig in Vertragsverhandlungen einzutreten. Mir kommt die ganze Zuversicht auf den Abschluß vor wie die Sache mit dem Liebhaber, der um ein junges Mädchen wirbt. Als sein Freund ihn fragt: Wie weiß sein Ihr, habt Ihr Euch schon verlobt? Da antwortete er: Halb sind wir einig; ich will. (Heiterkeit.) Es gehören doch beide Theile zur Einigung. Die Aktion will so recht nicht vorwärts. Dabei ist es doch tschlieblich hier noch viel leichter, zu einer Einigung zu kommen, als wenn die Unterhändler der verschiedenen Regierungen sich verständigen sollen. Denn die haben sich doch hernach noch mit ihren Parlamenten abzufinden. (Sehr richtig! links.)

Schließlich ist es auch noch nicht einmal gewiß, daß die Handelsverträge hier angenommen werden; wahrscheinlich ist es ja, aber noch vor Kurzem erklärte die Deutsche Tageszeitung, solchen Gesetzentwurf (nämlich einen Handelsvertrag auf Grund des jetzt vorliegenden Tarifes) müsse man mit allen Mitteln bekämpfen, da wäre eine Obstruktion am Platze. (Hört, hört! links.) Die gewöhlich gut informirte Kölnische Ztg. bemerkte in einem Artikel, in dem zunächst meiner Richtung nicht gerade Angenehmes gesagt wird, es werde der Regierung schon schwer genug fallen, mit den Sätzen ihres eigenen Tarifes Verträge abzuschließen, — das spricht nicht dafür, daß mit dem vorliegenden Tarif der Abschluß von Verträgen sehr leicht sein wird. Der Reichskanzler selbst hat sich auch sehr wohl gehütet, jemals auszusprechen, daß er sicher sei oder schon eine Verständigung mit den auswärtigen Staaten habe, daß sie sich den von uns vorgeschlagenen Vertrag gefallen lassen werden; er sagte nur, er glaube, es würde mit den Mindestsätzen noch möglich sein, Verträge abzuschließen. Der Glaube des Reichskanzlers ist etwas sehr Schönes, aber mit dem Glauben allein kann man in der Politik Andere nicht bekehren und auch keine Verträge abschließen. Wir haben ja auch nicht blos mit den Staaten Verträge abzuschließen, mit denen jetzt solche bestehen, sondern wir müssen auch noch mit England und seinen Kolonien rechnen, wir haben ja dort zwar von Jahr zu Jahr die Meistbegünstigung, aber der gegenwärtige Zustand ist doch recht ungemüthlich, und durch unsere erhöhten Zollsätze geben wir den Hochschutzzöllern in England und seinen Kolonien einen Reiz, auch ihre Zölle zu erhöhen. Und wir müssen bedenken, daß England allein eine Milliarde des Werthes unserer Ausfuhr aufnimmt, mit seinen Kolonien 25 Prozent unserer Ausfuhr.

Es giebt freilich merkwürdige Menschen unter den Redakteuren schutzzöllnerischer Blätter, die es freudig begrüßen, wenn in England ein Politiker oder eine Korporation sich im schutzzöllnerischen Sinne ausspricht; aber in unserem Interesse läge es, wenn die Leute dort sich gegen den Schutzzoll erklärten. Es wäre vielleicht wünschenswerth, daß der Reichskanzler uns mittheilte, was unsere Diplomaten in England zu unserem Zolltarif sagen, und wie sie die englische Stimmung beurtheilen. Das sage ich nicht als Agent des Auslandes, sondern als Agent unserer Industrie und der deutschen Arbeit, die auf die Ausfuhr nach dem Ausland angewiesen ist.

Im Interesse unserer Industrie wäre das Beste die langfristige Verlängerung unserer jetzt geltenden Handelsverträge; dazu brauchten wir freilich eine energischere Regierung; hätten wir eine solche, so wäre sogar mit dem jetzigen Reichstage eine solche Verlängerung durchzusetzen, der nächste Reichstag würde ihr sicher zustimmen. Dieser Gedanke wird zwar von nationalliberalen Blättern mit Hohn und Spott überschüttet, zum Beispiel in einem Berliner Artikel des Hannoverschen Kouriers, der von einem Parlamentarier verfaßt zu sein scheint. — Die Herren scheinen sich nicht ganz klar darüber zu sein, daß dieser Hohn Niemand mehr trifft als den Reichskanzler, hat doch die hochoffiziöse Süddeutsche Korrespondenz nach Aeußerungen des Reichskanzlers selbst als dessen Meinung die Verlängerung der jetzigen Verträge als die erste und brauchbarste Eventualität hingestellt, wenn der uns vorgelegte Zolltarif scheitere. Die Herren aber haben, wenn sie die Vertragsverlängerung zu fürchten scheinen, thatsächlich nur eine gewisse Wahlfurcht, aber keine ernste Furcht vor der Verlängerung der jetzigen Verträge. Die Furcht theile ich nach den Vorgängen im Reiche durchaus nicht, es läßt sich vielmehr ein großer Umschwung erwarten, und gerade deswegen tritt die Rechte dem Gedanken der Vertragsverlängerung so entschieden entgegen. Die Regierung braucht nur Energie und Festigkeit zu zeigen; wir haben es ja bei der Zuckerkonvention gesehen, da waren auch sehr hochmögende Staatsmänner in Sorge und wurden höchst überrascht durch die große Mehrheit, die die Konvention genehmigte. Der Reichstag wird die Verträge verlängern, schon um die Jahre lange Unsicherheit von der Industrie zu nehmen, und diese Unsicherheit muß schon wegen der dadurch verringerten Staatseinnahmen vermieden werden. Denn sicherlich wird das Erträgniß der Zölle und Verkehrseinrichtungen um so geringer, je länger die Krisis dauert, und der Krisis wieder kann man kein Ende machen, wenn man den Beginn gleichmäßiger, dauernder Handelsbeziehungen zum Auslande bis zum 1. Januar 1905 hinausschiebt. Eine Hausse an der Börse kann vielleicht für eine Woche eine trügerische Sicherheit schaffen, aber kein Industrieller wird dadurch veranlaßt werden, sein Werk zu vergrößern, denn für den Inlandsabsatz reichen seine Einrichtungen, und der Absatz nach dem Auslande ist zu unsicher. Und vor dem 1. Januar 1905 glaubt ja die Mehrheit selbst keine Handelsverträge und damit keine gleichmäßige Sicherheit schaffen zu können, die Regierung aber hält auch diesen Termin noch für zu nahe. Wie der Länge der Unsicherheit unserer auswärtigen Handelsbeziehungen aber wächst die Schärfe der Krisis, denn Kein Industrieller wird sich die Mühe geben, Handelsbeziehungen zum Ausland anzuknüpfen, die vielleicht nach wenigen Monaten schon infolge unserer veränderten Handelspolitik zu Ende gehen. Wenn Sie Ruhe und Frieden in Handel und Industrie bringen wollen, wenn Sie nicht wollen, daß noch mehr Arbeiter entlassen werden, und daß die zurückbleibenden Arbeiter so und so viel Stunden weniger am Tage beschäftigt werden — selbst in Werken wie den Knappschen ist die Arbeitsdauer auf ein Drittel der bisherigen eingeschränkt worden, weil es so schlecht steht —, dann sorgen Sie dafür, daß diese Unsicherheit vom deutschen Volke weggenommen wird, sicherheit vom deutschen Volke weggenommen wird, und sorgen Sie für eine langfristige Verlängerung der bestehenden Handelsverträge! (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. **Paasche** (natl.):

Wir sind auch für langfristige Handelsverträge, trotzdem wollen wir, daß dieser Tarif möglichst bald eingeführt wird. Wir glauben aber, daß nach den Erklärungen der Regierung in der Kommission ein fester Termin nicht in den Tarif eingesetzt werden darf. Die bestehenden Verträge auf eine längere Reihe von Jahren zu verlängern, halte ich nicht für zweckmäßig. Denn ob der Reichstag zum zweitenmals seine Zustimmung geben würde, erscheint mir mindestens zweifelhaft. Wir erhalten jetzt von allen Seiten Zuschriften, in denen wir aufgefordert werden, diesem angeblich so hochschutzzöllnerischen Tarif unsere Zustimmung zu geben; er müßte so schnell wie möglich zum Nutzen unserer ganzen Wolkswirthschaft eingeführt werden. (Hört, hört! rechts. Widerspruch links.) In den eigenen Kreisen des Abg. Gothein denkt man jetzt schon ganz anders. Dort regt es sich. (Lachen links.) Ich glaube, Sie (zu den Freisinnigen) haben selbst schon mit Schrecken eingesehen, daß Die, die Sie hinten hinter sich zu haben, nicht mehr hinter Ihnen stehen. (Heiterkeit links.) Noch neulich hat mir ein bekannter Großindustrieller gesagt, die Tausende, die er dem Handelsvertragsverein zugewendet habe, reuten ihn am meisten. (Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen. Widerspruch links.) Ich kann die Namen nennen. Wir sind aber nicht dafür, daß ein Termin in das Gesetz geschrieben wird, weil das voraussetzt, daß wir die Handelsverträge kündigen. Die Kündigung der Verträge ist aber ein Recht der Krone. Diese verfassungsrechtlichen Bedenken stehen für uns im Vordergrunde. Es kommen noch Gründe hinzu, die vertraulich in der Kommission mitgetheilt wurden, auch Gründe wirthschaftlicher Art. Wenn wir einen Termin einsetzen, muß unsere Regierung nehmen, was sie bekommt. Die anderen Regierungen, besonders Oesterreich, werden sich aber nicht beeilen. Infolge dessen werden für Deutschland schlechte Ergebnisse erzielt werden. Baldmöglichst den neuen Tarif in Kraft treten zu lassen, baldmöglichst der Landwirthschaft den Schutz zu gewähren, den sie nöthig hat, und der Industrie die Sicherheit zu bieten, die sie fordert, das ist das Ziel, das wir alle verfolgen müssen (Zuruf links: Alle?) — — Alle, die es wohlmeinen mit der Industrie und der deutschen Arbeiterschaft. (Lachen links.) Weil wir keinen vertragslosen Zustand wünschen, halten wir